



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

das Thema Flüchtlinge hat mich in dieser Woche mehrfach beschäftigt, sowohl anlässlich einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung als auch durch meine Rede im Deutschen Bundestag. Insbesondere das Schicksal unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge wirft noch einige Fragen auf, die dringendst geklärt werden müssen. Mehr dazu auf den nächsten Seiten.

In dieser Woche, in der in Thüringen erstmals ein Vertreter der Links-Partei

und somit der Nachfolgepartei der SED zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, haben wir ein Zeichen gesetzt und den Fokus auf die Opfer dieses Unrechtsregimes gerichtet. Wir haben die Rente für politisch Verfolgte in der DDR von 250 auf 300 Euro erhöht. Im Weiteren übernimmt der Bund künftig einen höheren Anteil an den Kosten für Unterkunft und Heizung für ALG II-Bezieher. Damit werden Länder und Kommunen um eine Milliarde Euro jährlich entlastet, die sie für die Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hoch-

schulen einsetzen wollen.

Verbessert haben wir die Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern. Asylbewerber können sich nach drei Monaten in Deutschland freier bewegen. Außerdem sollen sie vorrangig mit Geld statt mit Sachleistungen unterstützt werden. Abgelehnte Ausländer dagegen sollen schneller ausgewiesen werden.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen

Ihr Martin Patzelt

Diskussionsabend zum Thema Sterben in Würde

Seit einiger Zeit gehört die Sterbehilfe zu den am meisten und heißesten diskutierten Themen in unserer Gesellschaft. Mitte November hat der Deutsche Bundestag das Thema ausführlich und kontrovers diskutiert. Im nächsten Jahr wollen wir über eine Neuregelung abstimmen.

Am kommenden Donnerstag, **am 11. Dezember findet um 18 Uhr im Kleistmuseum in Frankfurt**

(Oder) eine Diskussion statt, bei der ich das Eingangsstatement halten werde. Veranstaltet wird die Diskussion mit dem Titel „Leben und Sterben – würdevoll bis zuletzt“ von der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In der Veranstaltung geht es um die Fragen, was es bedeutet, Menschen beim Sterben zu begleiten, was selbstbestimmtes Sterben ausmacht und welche Rolle dem Arzt zukommt. Da-

zu werden auch der Palliativmediziner Steffen Gerecke sowie der Diplompsychologe Andreas Roske-Lay von der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung (SAPV) Frankfurt (Oder) Stellung beziehen.

Im Weiteren referieren Anne Oberländer, die Leiterin des ehrenamtlichen Hospizdienstes der Oderstadt sowie Anne Linden, Pfarrerin und Krankenhausseelsorgerin am Klinikum Frankfurt (Oder).

Nr. 28/18. WP
05. Dezember 2014

Immer mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Im Plenum wurde in dieser Woche die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland beraten. Einhellig durch alle Parteien war eine hohe Empathie für die von Not und Verfolgung betroffenen Flüchtlinge festzustellen. In meiner Rede habe ich deutlich gemacht, dass auch in der Bevölkerung diese Empathie festzustellen ist. Diese wird aber auf die Probe gestellt, wenn wir die Aufnahme der Flüchtlinge nicht wirklich gut in den Griff bekommen.

Wenn die Ämter und Behörden überlastet sind, gibt es oft nur Dienst nach Vorschrift, nicht selten keimen auch alte Vorurteile wieder auf.

Ein wesentliches Augenmerk wird zurzeit auch auf die steigende Zahl von unbegleiteten Flüchtlingskindern (2013 wurden 6.584 Inobhutnahmen festgestellt) gelegt, für die die Jugendämter zuständig sind und die viele Kommunen nun vor eine große Herausforderung bei Aufnahme und Unterbringung stellt. Dass die geltenden Standards der UN-Kinderrechtskonvention hier der Maßstab für diese Kinder sein soll, denn es sind in erster Linie Kinder, ist auch im Koalitionsvertrag verein-

bart. Die Umsetzung in der Kinder- und Jugendhilfe sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Situation dieser Flüchtlingskinder ist bestimmt durch ihre rechtliche Schutzlosigkeit auf der Flucht, die oftmals über Jahre dauerte. Das bedeutet, dass wir für eine angemessene Lebensform und Begleitung, aber auch mit entsprechenden Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und mit Investition in die Potentiale dieser Kinder für eine Perspektive zu sorgen haben, die sie entweder für unsere Gesellschaft oder aber bei Rückkehr in ihre alte Heimat nutzen können.

Wir müssen Sorge dafür tragen, dass die unbegleiteten Minderjährigen entsprechend verantwortlich versorgt werden. Entscheidend ist, wie wir den jungen Leuten an der Wegkreuzung in den wichtigsten Jahren ihres Lebens entgegenkommen.

Mit Verweis auf die rund 37.100 Ausbildungsstellen, die Ende September allein bei den Arbeitsagenturen noch als unbesetzt gemeldet waren, versprach DIHK-Präsident Eric Schweitzer Flüchtlingskindern und Jugendlichen eine Perspektive zu geben und sie in die Ausbildung zu integrieren.

Der Paradigmenwechsel vom Flüchtling zum Mitbürger bedeutet, dem Anspruch des Zusammenspiels von Politik und Zivilgesellschaft gerecht zu werden. Erst dadurch bekommen auch die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge die Chance, in unserer Gesellschaft anzukommen.

Mit-Verantwortung der Bürgergesellschaft bedeutet ein großes Maß an Verständnis und Begleitung, das über die Unterbringung in Aufnahmehäusern hinaus bis in Pflegefamilien geht. Aber es bedeutet auch, dass die Potentiale der Kinder genutzt werden sollten.

Nicht zuletzt wir Politiker sind in der Pflicht, Vorbilder zu sein, auch, damit die von unbegründeter Angst sich steigernde Polarisierung eingedämmt wird. Unterstützungskultur statt Abneigungskultur. Ein jeder tut, was er kann und steckt den anderen an.

Bald ist Weihnachten. Erinnern wir uns daran, hätte Jesus in Ägypten keine Aufnahme gefunden, Geschichte hätte anders geschrieben werden müssen.

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

Am Mittwoch hat sich der Deutsche Bundestag zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung im Plenum zu einer Debatte getroffen.

Dieser Tag soll die Öffentlichkeit auf die Probleme und Anliegen von Menschen mit Behinderungen aufmerksam machen. Gleichzeitig soll aber auch an die Verpflichtung der Gesellschaft erinnert werden, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung zu ermöglichen.

Es ist dringend geboten, dass auch für alle jene Missbrauchsopfer, die in Heimen der Behinderten-

hilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben, ein eigener Entschädigungsfonds eingerichtet wird. Ursprünglich war geplant, dass dieser Fonds aus Mitteln des Bundes, der Länder und der Kirchen gespeist wird. Nun haben die Länder überraschend einen Rückzieher gemacht. Ich appelliere dringend an die Verantwortlichen in den Ländern, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken. Bis heute gibt es keine Regelung, wie die Opfer von damals entschädigt werden sollen. Auch sie haben großes Unrecht erfahren und

warten schon seit Jahren auf eine Entschädigungszahlung. Wir können sie nicht als Opfer zweiter Klasse behandeln.

Mit dem geplanten Bundesteilhabegesetz wollen wir die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln. Mit einer „Sanierung“ des Teilhabegesetzes sollen Blockaden abgebaut und der Zugang zur Teilhabe erleichtert werden.

Insbesondere sollen aber auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung gleichgestellt werden.

Bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Mit einer Reihe von Maßnahmen haben wir am Donnerstag die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verbessert. Entstanden ist eine gute Mischung aus Herz und Verstand. Die Neuerungen stellen eine ausgewogene Balance zwischen einer effizienten Pflege und der nötigen Erhaltung von Arbeitsplätzen dar. Ein wesentliches Kennzeichen moderner Familienpolitik ist, dass sie für alle akzeptabel sein muss. Im Einzelnen haben wir den Nutzerkreis erweitert. Ab 2015 gehören auch enge Vertraute wie Stiefeltern und Schwägerinnen bzw. Schwager sowie lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften zu denjenigen, die eine Pflegeauszeit in Anspruch nehmen können.

Um eine neu eingetretene Pflegesituation zu organisieren, können Arbeitnehmer künftig bis zu zehn Tage frei nehmen. Dies wird nun mit einem Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld verbunden. Diese Lohnersatzleistung soll einen Großteil des Verdienstaufwandes auffangen. Die Regelung ähnelt der beim Kinderkrankengeld.

Beschäftigte haben auch künftig einen Anspruch auf eine vollständige oder teilweise Freistellung von bis zu sechs Monaten. Für diesen Fall wurde neu ein Anspruch auf Förderung durch ein zinsloses Darlehen geschaffen. Dieses Darlehen zur besseren Absicherung des Lebensunterhalts können die Beschäftigten direkt beim Bundesamt für Familie

und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) beantragen. Das Darlehen wird in monatlichen Raten ausbezahlt und deckt die Hälfte des durch die Arbeitszeitreduzierung fehlenden Nettogehalts ab. Auf entsprechenden Antrag kann auch ein niedrigeres Darlehen - bis zu einer Mindesthöhe von 50 Euro monatlich - in Anspruch genommen werden.

Neu im Gesetzentwurf ist die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Familienpflegezeit. Beschäftigte sind künftig für die Dauer von bis zu 24 Monaten bei einer verbleibenden Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden teilweise freizustellen, wenn sie einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung pflegen.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

**Wahlkreisbüro
Frankfurt (Oder)**

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Di + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

**Wahlkreisbüro
Eisenhüttenstadt**

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

**Wahlkreisbüro
Beeskow**

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Expertengespräch zur integrierten Flüchtlingspolitik

Martin Patzelt (2.v.r.) beim Expertengespräch

Am 1. Dezember nahm ich an einem Expertengespräch in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin zum Thema „Prävention und Rückführung – Wirksame Ansätze einer integrierten Flüchtlingspolitik?“ teil. Ich konnte mich dem Erkenntnis anschließen, dass der Flüchtlingsstrom aus dem Mittelmeerraum kein temporäres Phänomen ist. Unsere Aufgabe ist es, diese Flüchtlinge von Anfang an in unsere Gesellschaft zu integrieren. Ebenso ist es ratsam, von Beginn an deren Potentiale zu nutzen, sei es, dass sie diese in Zukunft für unser Land einsetzen oder, falls sie in Ihre Länder zurückkehren, dort demokratische und ökonomische Strukturen neu aufbauen könnten.

Meine immer wieder mit Nachdruck betonte

Lösung, dass Politik mit der Zivilgesellschaft gemeinsam in der Form agieren sollte, dass die Eingliederung und Aufnahme in unsere Gesellschaft mit Herzenswärme erfolgt, erhielt breite Unterstützung. Ich brachte meine Sorge zum Ausdruck, dass die Gesellschaft polarisiert, wenn nicht ausreichendes Bewusstsein über

die in unserem Grundgesetz formulierten Werte in die Herzen der Menschen kommt. Dem politischen Extremismus, der unerschwinglich von einem negativen Angst-Gefühl von der Mitte der Gesellschaft unterstützt wird, muss entschieden entgegen gewirkt werden.

Tag des Ehrenamtes

23 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich zur Zeit aktiv in Vereinen, Stiftungen und Initiativen. Um sie in ihrer Arbeit zu bestärken, werde ich mich im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement dafür einsetzen, dass die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen und bestehende Strukturen vereinfacht werden.

An dieser Stelle möchte

ich meine aufrichtige Anerkennung all denjenigen Menschen entgegenbringen, die sich ehrenamtlich engagieren und für die ehrenamtliches Engagement wie selbstverständlich zum Leben dazugehört.

Gleichzeitig möchte ich alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich ehrenamtlich für unsere Gesellschaft einzubringen.